

## *Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung*

*Artikel 13 AEUV fordert als Grundsatz bei der Festlegung und Durchführung der EU-Politik den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Dieser Grundsatz lässt sich bei dem tatsächlichen erfolgenden Handeln auf EU-Ebene jedoch in nahezu keiner Weise wiederfinden. Stattdessen besteht der Eindruck, dass Tierwohl sich stets rein wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen hat.*

*Werden Sie sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass den Bedürfnissen von Tieren als empfindungsfähigen Lebewesen in der Schwerpunktsetzung sowie in Verordnungen und Richtlinien der EU angemessen Rechnung getragen wird?*

Ja. DIE LINKE steht dafür ein, das Wohl von Tieren als empfindungs- und leidensfähige Wesen nicht hinter rein ökonomischen Interessen anzustellen.

## *Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung*

*Für ein qualitativ hochwertiges und stringentes Handeln ist es erforderlich, dass konkrete Rechts- bzw. Politikbereiche zu einem Politikfeld zusammengefasst werden. Während dies bspw. im Bereich des Umweltschutzes bereits etabliert ist, wird der Tierschutz bislang in unzähligen Unterabteilungen, Ausschüssen und auf mehrere Direktionen aufgeteilt bearbeitet.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen Tierschutzpolitik als eigenständigen EU-Politikbereich zu etablieren, der unabhängig von anderen wirtschaftlichen Interessen rein im Sinne des Tierwohls agiert?*

Ja. Innerhalb der Partei DIE LINKE ist Tierschutz schon längst ein eigenständiges Politikfeld. Tierschutz übergreifend als eigenständiges Politikfeld, auch in den politischen Institutionen der EU, zu verankern, ist uns ein besonderes Anliegen.

## *Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung*

*Werden Sie sich zur Harmonisierung der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten für ein europäisches Tierschutzrahmengesetz einsetzen, das von „Heimtieren“ über „Nutztiere“ bis hin zu „Wildtieren“ den bestmöglichen Schutz sämtlicher Tiere gewährleistet?*

Ja, wir werden uns für ein solches europäisches Tierschutzrahmengesetz einsetzen.

## *Massentierhaltung*

*Innerhalb der EU besteht Konsens darüber, dass Tierschutz ein generelles Anliegen und ein moralischer Grundwert der europäischen Völker ist, dennoch bestehen keine ausreichenden Gesetzesvorgaben zur Umsetzung auf europäischer Ebene.*

*Werden Sie sich unter Berücksichtigung des Art 13 AEUV dafür einsetzen für alle Arten von „Nutztieren“ konkrete Vorschriften zu Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung zu erarbeiten und zu erlassen?*

Ja. Um den Tierschutz deutlich zu stärken, fordert DIE LINKE schon lange, die Haltungsbedingungen für alle Nutztiere rechtsverbindlich zu regeln. Grundlage aller Standards für Haltungsbedingungen von Nutztieren muss dabei selbstverständlich das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz sowie die in § 2 Tierschutzgesetz daraus abgeleiteten Regeln sein.

## *Massentierhaltung*

*Tiere in der industriellen Landwirtschaft werden auf Höchstleistung gezüchtet, die Haltungsbedingungen werden nicht an die Tiere angepasst, sondern die Tiere an die Haltungsbedingungen, was zu diversen Gesundheitsproblemen führt (am Beispiel von Kühen z.B. Eutererkrankungen, Klauenerkrankungen etc.)*

*Werden Sie sich für ein EU-weites Verbot von offensichtlich qualvollen Haltungsbedingungen, wie z. B. der betäubungslosen Kastration von Ferkeln oder Amputation von Schwänzen und Schnäbeln, einsetzen?*

Ja. Tiere sind – wie alle Lebewesen – vor unnötigem Schmerz und Leid zu bewahren. DIE LINKE lehnt nicht-kurative Eingriffe am Tier grundsätzlich ab. Haltungsbedingungen müssen sich an die Bedürfnisse der Tiere anpassen und nicht umgekehrt. Gleichzeitig muss gesichert werden, dass höhere Erzeugungskosten sich auch in fairen Erzeugerpreisen widerspiegeln.

## *Massentierhaltung*

*Obwohl der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch seit einigen Jahren rückläufig ist, steigen die Produktions- und Exportzahlen von Fleisch weiterhin an. Nach Wegfall der „Milchquote“ Ende 2015 sind zudem wieder deutliche Überproduktionen von Milchprodukten und Preisverfall feststellbar. Es häufen sich die Berichte von Lagerhallen voller nicht verkaufter Milchprodukte.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die aktuelle EU-Exportorientierung von tierischen „Produkten“ aufzulösen und die Produktionsmenge dem tatsächlichen Verbrauch innerhalb der EU anzupassen?*

Ja. DIE LINKE setzt sich generell dafür ein, die Exportorientierung in der Agrarpolitik durch eine strategische Orientierung auf regionale Versorgung, also Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, zu ersetzen. Lebendtiertransporte dürfen maximal 4 Stunden dauern. Lebendtiertransporte in Drittländer müssen durch den Transport von Schlachtkörpern bzw. Zuchtmaterial abgelöst werden. DIE LINKE fordert eine flächengebundene Tierhaltung, die sich auf den tatsächlich notwendigen Umfang beschränkt. Dieser muss eine reduzierte Lebensmittelverschwendung und den aus gesundheitlichen Gründen verringerten Verbrauch berücksichtigen.

## *Landwirtschaft*

*Der Landwirtschaftsbereich ist der größte Subventionsempfänger innerhalb der EU; fast 50 Prozent des EU-Haushalts werden für die Landwirtschaft ausgegeben. Gleichzeitig stellt die Landwirtschaft den drittgrößten Sektor von Treibhausgasemissionen innerhalb der EU dar. Durch ökologischen Landbau kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Hektar um bis zu 50 Prozent reduziert werden, da auf mineralische Dünger und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichtet wird (Quelle: UBA, 2017).*

*Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen einsetzen?*

Ja. DIE LINKE möchte auch jenseits des Landwirtschaftsbereichs umwelt- und klimaschädliche Subventionen abbauen. Im Agrarsektor wollen wir Subventionen generell an die Erfüllung von sozialen und ökologischen Kriterien binden. Zudem sollen Subventionen mit Anreizwirkungen für gemeinwohlorientiertes Handeln verbunden werden. Grundsätzlich will DIE LINKE eine am Gemeinwohl orientierte Agrarpolitik, die regional statt global ausgerichtet ist und die gesamte Wertschöpfungskette in Verantwortung nimmt statt die Profitier einzelner weniger Saatgut-, Chemie-, Schlacht- oder Molkereikonzerne sowie von Lebensmittelketten hinzunehmen. Eine nachhaltige Agrarpolitik muss im Interesse der Erzeugerbetriebe, von Mensch und Natur handeln.

## *Landwirtschaft*

*Werden Sie sich stattdessen für eine Landwirtschaft einsetzen, die deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen verbraucht?*

Ja. Zur Begründung siehe Antwort auf die vorhergehende Frage.

## *Landwirtschaft*

*Die Landwirtschaft ist nicht nur eine Hauptquelle klimarelevanter Treibhausgase, wie z. B. Methan, sowie von Luftschadstoffen, wie Ammoniak, sondern auch Hauptgrund für Boden- und Grundwasserverunreinigung, bspw. durch einen Übergebrauch von Nitrat. Deutschland, aber auch andere EU-Mitgliedsstaaten, hinken einer geeigneten Klimagesetzgebung und den gemeinschaftlichen Verpflichtungen zur Boden- und Grundwasserreinhaltung hinterher.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsstaaten künftig bei der Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und Verstöße umgehend mit Sanktionen geahndet werden?*

Ja. DIE LINKE tritt für klare, transparente und zielführende Regelungen zum Schutz von Klima und Umwelt ein. Werden diese Regelungen frühzeitig, konsequent und transparent angegangen, erhalten auch die Landwirtinnen und Landwirte Planungssicherheit. Teure Strafen eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU können so vermieden werden. Notwendige finanzielle Unterstützung muss soziale Verwerfungen wie z.B. eine Beschleunigung des Höfe- und Betriebsterbens verhindern.

## *Forschung*

*Eine Vielzahl an Umfragen belegt, dass die Bevölkerung der Durchführung von Tierversuchen sehr kritisch gegenübersteht. Während ein konkreter Nutzen von Tierversuchen oftmals grundsätzlich nicht erkennbar ist (z. B. Grundlagenforschung) oder die Ergebnisse von Tierversuchen nicht auf den Menschen übertragbar sind, werden eine Vielzahl von tierversuchsfreien Alternativmethoden nach wie vor gemieden oder gar blockiert (z. B. In-Vitro-Forschung, Mikro- bzw. Biochips, Toxikogenomik). So kann bspw. bei der Zulassung eines Medikamentes auf einen Tierversuch nur dann verzichtet werden, wenn eine Validierung der entsprechenden tierversuchsfreien Methode zu demselben Ergebnis führte wie der Tierversuch – der Tierversuch selbst bzw. seine Übertragbarkeit auf den Menschen erfordert hingegen keine Validierung.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierversuche verboten werden, die nicht unmittelbar lebenswichtigen Interessen des Menschen dienen (z. B. Grundlagen-forschung, Prüfung von Konsumprodukten, Prüfung von Produkten, die zwar der menschlichen Gesundheit zugutekommen, für die es aber bereits vergleichbar wirksame Ersatzprodukte gibt)?*

Ja, DIE LINKE hat sich das Ziel gesetzt, Tierversuche grundsätzlich zu vermeiden und durch alternative Methoden zu ersetzen. Dieses Ziel wollen wir stufenweise erreichen. Als erstes sind die mit starken und nicht zu lindernden Schmerzen sowie lang anhaltenden Leiden verbundenen Versuche zu unterbinden. Dies wollen wir durch eine Änderung der EU-Richtlinie 2010/63/EU erreichen. Die tierversuchsfreie Forschung muss stärker gefördert werden. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedsstaaten einen verbindlichen Anteil ihres Forschungsbudgets in die Entwicklung tierversuchsfreier Forschungs- und Ausbildungsmethoden investieren. Dafür ist eine Änderung des Artikels 47 der EU-Tierversuchsrichtlinie per Mehrheitsbeschluss im EU-Parlament erforderlich.

## *Forschung*

*Werden Sie sich für die Einsetzung von Steuerungsinstrumenten engagieren, die den Fokus der Forschung auf die Entwicklung und Anwendung von alternativen Forschungsmethoden legt, die ohne das „Nutzen“ von Tieren auskommt (z. B. Förderung alternativer Forschungen in höherem Maße als Tierversuche, nationalstaatliche Zielvorgaben, Monitoring)?*

Ja, Begründung siehe Antwort zu Frage 4a).

## *Bildung und Verbraucherschutz*

*Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) rät zu einem wöchentlichen Fleischverzehr von maximal 300 g bis 600 g. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Frauen in Deutschland beträgt 600 g, der von Männern 1.100 g. Mit einher geht eine Vielzahl ernährungsbedingter Zivilisationskrankheiten wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus Typ 2 und Dickdarmkrebs.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, den EU-weiten Fleischkonsum (bspw. durch Informationskampagnen) zu reduzieren?*

Ja, DIE LINKE unterstützt die Förderung bio-veganer Landwirtschaft sowie die Reduktion des Fleischkonsums. Dennoch haben die verschiedenen Ernährungsstile - ob vegan, vegetarisch oder mit Fleisch - eine gleichrangige Berechtigung. Wir setzen uns vor allem dafür ein, die Vielfalt der regionalen Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln deutlich zu stärken.

## *Bildung und Verbraucherschutz*

*Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Jahr 2015 verarbeitetes Fleisch als „krebserregend“ eingestuft (Gruppe 1). Es steht damit in einer Gruppe wie Arsen, Asbest oder Tabak. Unverarbeitetes Fleisch wurde als „wahrscheinlich krebserregend“ (Stufe 2A) eingestuft. Im Vergleich zu anderen krebserregenden Stoffen, können entsprechende Fleischprodukte jedoch ohne jeglichen Warnhinweise beworben und verkauft werden. Auch existieren keine nennenswerten staatlichen Informationskampagnen zu dieser Gesundheitsgefahr.*

*Werden Sie Kampagnen der EU forcieren und/oder unterstützen, die auf die Gesundheitsgefahren des Verzehrs bestimmter Fleischprodukte und die Vorteile einer pflanzenorientierten Lebensweise hinweisen?*

Ja, DIE LINKE wird solche Kampagnen unterstützen. Wie in der Antwort auf Frage 5a) geschildert, unterstützen wir die Förderung bio-veganer Landwirtschaft sowie die Reduktion des Fleischkonsums

## *Bildung und Verbraucherschutz*

*Eine Vielzahl von tierischen Produkten suggeriert auf deren Verpackung den Eindruck, dass diese unter gänzlich unproblematischen Bedingungen hergestellt wurden (z. B. Kühe auf grünen Wiesen, Schweine, Puten und Hennen in reinen Ställen mit durchgängig frischem Strohbelaag, Tageslicht und mehreren Quadratmetern Freiraum). Tatsächlich stammen die meisten tierischen Produkte aus der industriellen Massentierhaltung, die derartige Haltungszustände nicht vorweisen kann. Das stellt irreführende Werbung dar.*

*Werden Sie ein Verbot irreführender Werbungen, Produktbezeichnungen und Packungsangaben unterstützen?*

Ja, DIE LINKE unterstützt ein solches Verbot irreführender Werbungen und Produktkennzeichnungen.

## *Bildung und Verbraucherschutz*

*Die Anzahlung von Menschen, die in ihrer Ernährung auf tierische Produkte und Inhaltsstoffe verzichten wollen, steigt stetig an. Häufig beinhalten Lebensmittel jedoch „versteckte“ Inhaltsstoffe tierischen Ursprungs. Die Lebensmittelinformationsverordnung ermöglicht nur eine freiwillige Kennzeichnung von Inhaltsstoffen aus tierischen Quellen. Für Verbraucherinnen und Verbraucher besteht hierdurch eine große Unsicherheit. Zwar wurde die Kommission bereits im Jahr 2011 verpflichtet verbindliche Definitionen der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ zu schaffen, kam dieser Verpflichtung jedoch bislang nicht nach. Eine entsprechende Kennzeichnungspflicht liegt daher noch in weiter Ferne.*

*Werden Sie sich für eine verbindliche Deklarationspflicht von tierischen Inhaltsstoffen und vegetarischen beziehungsweise veganen Produkten einsetzen?*

Ja, DIE LINKE findet, dass für Verbraucher zweifelsfrei erkennbar sein muss, ob Zutaten (einschließlich Aromen und Hilfsstoffen) aus tierischer Erzeugung stammen. Hierzu ist eine eindeutige und lesbare Kennzeichnung in der Zutatenliste notwendig. DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln im Einzelhandel ein. Weiteren staatlichen Kennzeichnungen wie Siegel für vegane und vegetarische Produkte stehen wir offen gegenüber. Auch generell fordern wir verbraucherfreundliche und leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnungen, die sich klar von Werbeaussagen unterscheiden müssen.

## *Bildung und Verbraucherschutz*

*Der Europäische Gerichtshof hat 2017 entschieden, dass pflanzliche Alternativen zu Milchprodukten nicht mehr Bezeichnungen wie „Rahm“, „Sahne“, „Butter“, „Käse“ oder „Joghurt“ enthalten dürfen. Zur Begründung verwiesen die Richter auf eine Verwechslungsgefahr für Verbraucherinnen und Verbraucher,*

*auch wenn solchen Produkten Zusätze wie „vegan“, „vegetarisch“ oder „veggy“ vorangestellt sind. Derartige Bestimmungen würden Klarheit und faire Bedingungen für Erzeuger, Händler sowie Verbraucher schaffen und gleiche Qualitätsstandards sicherstellen. Aktuell existieren ähnlich Bestrebungen für pflanzliche Alternativen zu Fleischprodukten. Vermeintlich gleichfalls irreführende Produktbezeichnungen, wie z. B. Leberkäse (beinhaltet weder Leber noch Käse), „Einhorn-Bratwürste“ (rosa-farbene Bratwurst aus Schweinefleisch), Sonnen- oder Scheuermilch, bleiben hingegen unangetastet.*

Werden Sie sich weiteren Forderungen nach einem Deklarationsverbot „pflanzlichen Fleisches“ von Lobbyverbänden der Fleischindustrie widersetzen? Falls nein, werden Sie sich dafür einsetzen, sämtliche irreführende Produktbezeichnungen (wie die eingangs exemplarisch erwähnten) abzuschaffen?

DIE LINKE tendiert zu letzterer Variante. Die Bezeichnung von Fleisch- und Milchalternativen bewegt sich im Spannungsfeld zwischen einer sinnvollen Unterstützung fleischloser Ernährung und Verbrauchertäuschung. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Benennung eines Produktes nicht über den tatsächlichen Inhalt hinwegtäuscht. Es soll, einfach ausgedrückt, das draufstehen, was drin ist, und umgekehrt. Die Kennzeichnung der Produkte sollte daher immer verwechslungs- und täuschungsfrei sein, das heißt, dass die vegetarische bzw. vegane Produkteigenschaft (aber auch die tierische) durch eine entsprechende Bezeichnung klar erkennbar sein sollte.

*„Wildtiere“*

*Die Koexistenz von Mensch und „Wildtier“ ist ohne Frage möglich. Wolf und Weidehaltung im gleichen Gebiet schließen sich nicht gegenseitig aus, es ist hingegen eine finanzielle und praktische Unterstützung der Weidetierhalter nötig, um sich an die sich ändernden Gegebenheiten anzupassen.*

*Werden Sie sich jedem Versuch, das geltende EU-Umweltrecht aufzuweichen und zum Beispiel der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs zuzustimmen widersetzen? Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung des Schutzstatus des Wolfs?*

Ja. DIE LINKE steht dafür ein, den Schutzstatus des Wolfs zu erhalten. Eine Anpassung des Schutzstatus von Tierarten müsste unserer Ansicht nach auf einem eindeutig festgestellten guten Erhaltungszustand beruhen, der im Falle des Wolfs nicht gegeben ist. DIE LINKE tritt nicht für den Abschuss von Wölfen, sondern für die angemessene Unterstützung von Weidetierhalter\*innen ein. Das bedeutet eine hundertprozentige Finanzierung von Herdenschutzmaßnahmen, inklusive Arbeitskosten beim Zaunbau und beim Schadensausgleich. Zusätzlich fordern wir bundeseinheitliche Regelungen zum Herdenschutz und ein Herdenschutzkompetenzzentrum unter Leitung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, das forscht, entwickelt und berät. Die Einführung einer Weidetierprämie halten wir für unerlässlich.

*„Wildtiere“*

*Die Anzahl der Insekten sowie auch die Artenvielfalt an sich hat in den letzten Jahren rapide abgenommen. Insekten sind ein unersetzbarer Teil der Nahrungsketten, durch ihre Bestäubertätigkeit von immensem Wert für die Landwirtschaft und damit die Nahrungsgrundlage der Menschen.*

*Werden Sie sich für europaweite Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt (z. B. biologische Schädlingsbekämpfung, Verbot bzw. Eindämmen besonders aggressiver Insektizide wie Neonicotinoide, Einsatz von Blühstreifen, Verzicht auf Monokulturen, Wildbienenschutz etc.) einsetzen?*

Ja. DIE LINKE sieht die Problematik der rasant abnehmenden Insektenpopulation und setzt sich auf allen Ebenen für den Erhalt der Artenvielfalt ein. Wir unterstützen alle von Ihnen genannten Vorschläge dazu sowohl auf bundes- als auch auf europapolitischer Ebene.

*„Wildtiere“*

*Die Einfuhr von exotischen Tieren oder Trophäen gefährdet häufig den Bestand bedrohter und geschützter Tierarten. Der Handel mit Elfenbein ist durch Schlupflöcher ("antikes Elfenbein") nach wie vor möglich, auch für lebende exotische Tiere werden hohe Summen bezahlt, obwohl die Haltungsbedingungen nur in den wenigsten Fällen artgerecht gestaltet werden können und viele der Tiere unter grausamen Umständen aus der Wildnis hierher transportiert werden.*

*Werden Sie sich für ein europaweites generelles Verbot des Elfenbeinhandels sowie für ein Verbot von Import, Besitz und Verkauf von Tieren und „Trophäen“, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen, getötet oder exportiert wurden, starkmachen?*

Ja. DIE LINKE unterstützt die Forderung, sich auf europäischer Ebene für ein Elfenbeinhandelsverbot sowie für die Schließung nationaler Elfenbeinmärkte einzusetzen. Durch den teils legalen Handel mit Altelfenbein oder beschlagnahmtem Elfenbein wächst die Nachfrage und das Risiko steigt, dass dadurch gewildertes Elfenbein in den legalen Handel eingeschleust wird. Daher fordern wir ein umfassendes Handelsverbot mit Elfenbein in der EU. Desweiteren unterstützen wir die Forderung nach einem Verbot des Handels und des Besitzes mit Tieren, die in ihrem Heimatland illegal gefangen wurden.

*„Wildtiere“*

*Wildtiere haben sehr hohe Bedürfnisse in Sachen Haltung, Unterbringung und Auslauf, deren artgerechte Erfüllung in Zirkussen ausgeschlossen ist. Laut einer Studie des ZDF lehnt die Mehrheit der Deutschen Wildtiere in Zirkussen aus diesen Gründen ab. Zahlreiche EU- und Nicht-EU-Länder haben bereits ein Wildtierversbot in Zirkussen gesetzlich festgelegt. Einige Länder, wie bspw. Griechenland und Kroatien, verbieten sogar gänzlich den Einsatz von Tieren in Zirkussen. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis, sagte 2015, dass „die Möglichkeit besonderer EU-Vorschriften zur Haltung von Wildtieren in Gefangenschaft oder das Verbot von Wildtieren in Zirkussen (zu erlassen) [...] in Erwägung gezogen werden“.*

*Werden Sie sich für die Einführung einer EU-Verordnung einsetzen, welche die Haltung von „Wildtieren“ in Gefangenschaft und das Verbot der Haltung von „Wildtieren“ in Zirkussen regelt?*

Ja. Nach Auffassung der LINKEN ist eine artgerechte Haltung wildlebender Tiere unter den Bedingungen eines auf Mobilität angewiesenen Unternehmens nicht möglich. DIE LINKE unterstützt daher die Forderung eines Verbots zur Haltung wildlebender Tierarten im Zirkus.

*„Haustiere“*

*Vornehmlich in Osteuropa werden Hundewelpen unter grausamen Bedingungen gezüchtet, im Alter von nur wenigen Wochen ihren Müttern entrissen, quer durch Europa transportiert und über das Internet verkauft. Die sogenannten "Vermehrerhunde" werden in verdreckten, engen Käfigen gehalten. Je öfter die Hündinnen werfen, desto lukrativer. Die Tiere bekommen wenig und schlechtes Futter, medizinische Betreuung gibt es keine. Nach vier, fünf Jahren können die Hündinnen keinen Nachwuchs mehr bekommen und sind somit wertlos. Sie werden ausgesetzt oder brutal umgebracht.*

*Werden Sie sich für eine Verpflichtung von Online-Händlern zur Prüfung von Angebotstellern auf deren Identität (z. B. Welpenverkauf auf eBay Kleinanzeigen) einsetzen?*

Ja, DIE LINKE setzt sich für eine solche Identitätsprüfung ein. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass ein solcher Onlinehandel vor allem auch ein Problem der Nachfrage ist. Hier gilt, Aufklärung zu betreiben.

## *Umwelt- und Naturschutz*

*Die Einhaltung der Klimaschutzziele des Übereinkommens von Paris ist von großer Wichtigkeit, um die katastrophalen Folgen des Klimawandels noch annähernd überschau- und beherrschbar zu halten. Dennoch hinken die aller meisten EU-Staaten dem Klimaschutz hinterher und verfehlen ihre eigenen Zielsetzungen. Ohne zielstrebige und umgehende Maßnahmen werden für Mensch und Tier verheerende Leiden eintreten.*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Klimaschutzpolitik in der nächsten Legislatur des Europäischen Parlaments die oberste Priorität eingeräumt wird?*

Ja. Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden: die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad gegen- über vorindustriellen Werten zu begrenzen. Dazu muss die Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts klimaneutral sein. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen wir einen europäischen Klimaschutzplan. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Wir fördern autofreie Innenstädte und investieren in Bus und Bahn. Im ticketlosen und flächendeckend gut ausgebauten barrierefreien ÖPNV fahren alle mit.

## *Umwelt- und Naturschutz*

*Werden Sie sich für natürliche Maßnahmen einsetzen oder Maßnahmen unterstützen, die einen Entzug von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre vorantreiben, wie z. B. großflächige Aufforstungen, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse statt deren Verbrennung, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta)?*

Ja. DIE LINKE unterstützt Bewirtschaftungssysteme, die CO<sub>2</sub> im Boden binden. Wir treten bspw. aktiv für den Moorschutz ein. Dazu gehört eine angepasste Nutzung der Böden durch Mahd oder Beweidung. Dass Paludikultur sich auch für die Landwirt\*innen lohnen muss, ist für DIE LINKE selbstverständlich. Das bedeutet eine Anerkennung von Torfmoos, Röhricht und Schilf als Nutzpflanze, damit sie beihilfefähig werden können, und eine angemessene Förderung der Weidetierhaltung, insbesondere der Schafhaltung. Die Ausweitung von Agroforstsystemen und eine flächengebundene Tierhaltung sind ebenfalls



essentiell für eine Minderung des Treibhausgasausstoßes. Terra preta als eine Form der Bewirtschaftung hält DIE LINKE in einem kreislauforientierten Betrieb, der nachhaltig Land bewirtschaftet, als Ergänzung für sehr sinnvoll. Aufforstungen werden unterstützt, wo immer sie auch aus der Sicht der Sicherung der Ernährungssouveränität sinnvoll sind. Biomasse muss nachhaltig erzeugt, regional verarbeitet und in der Kaskade stofflicher vor energetischer Nutzung verwendet werden.

## *Umwelt- und Naturschutz*

*Plastikabfälle und Mikroplastik lagert sich in allen Bereichen unserer Umwelt an und sorgt bereits heute für massive Umweltverschmutzung, Tierleid und Gesundheitsgefahren. Mikroplastik wurde inzwischen selbst im antarktischen Eis gefunden, Tiere verenden an Mägen voller Plastikmüll, es reichert sich in den Nahrungsketten an und kann selbst in jedem menschlichen Körper nachgewiesen werden. Schätzungen zufolge gelangen jedes Jahr ca. 8 Millionen Tonnen Plastik in die Weltmeere. Und dennoch wird die Plastikproduktion weiter gesteigert – nach aktuellem Stand wird die weltweite Plastikproduktion in den nächsten 10 Jahren um 40 Prozent zunehmen. Das entspricht im Jahr 2030 einer Menge von 16 Millionen Tonnen und im Jahr 2050 einer Menge von 32 Millionen Tonnen, die jährlich in die Weltmeere gelangen.*

Werden Sie sich für umfassende Maßnahmen zu einer deutlichen Reduzierung des Plastikaufkommens in unserer Umwelt einsetzen oder solche Maßnahmen unterstützen (z. B. Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer, EU-weites Verbot jeglichen Einwegplastiks, Einführung von verpflichtenden und stetig steigenden Recyclingquoten für alle Mitgliedsstaaten, Einführung einer Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme von Recyclingabfall)?

Ja. DIE LINKE setzt sich für eine Ressourcenverbrauchsabgabe ein, die nicht nur übermäßige Plastikverpackungen bestraft, sondern recycelte, langhaltende Produkte und kurze Lieferwege belohnt. Ebenso unterstützt DIE LINKE das Verbot der EU von Einwegplastik. Generell gilt für DIE LINKE: Müllvermeidung geht vor Müllverwertung.